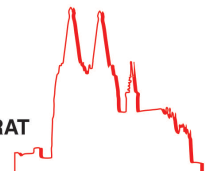




**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



# REGIONALRATS- REPORT

**Ausgabe 74 / März 2020**

Regionalrat beschließt Plankonzept zum neuen Regionalplan

## Erster Meilenstein für die Region ist geschafft

In seiner 24. Sitzung hat der Regionalrat Köln das Plankonzept zum neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln beschlossen. Das Plankonzept ist das Ergebnis eines breit aufgestellten informellen Beteiligungs- und Diskussionsprozesses. Hierzu zählten in den vergangenen Monaten und Jahren zahlreiche Fachbeiträge und Konzepte, wie beispielsweise Gewerbeflächenkonzepte, Agglomerationskonzept u.v.a.m. Aufgrund der zu Beginn des Prozesses durchgeführten Gespräche mit allen 99 Kommunen des Bezirks konnte das Plankonzept auf ein umfassendes Bild der Entwicklungsvorstellungen der Kommunen und der vorhandenen Flächenreserven aufbauen. Auf Basis dieses jetzt beschlossenen Konzeptes kann die erforderliche Umweltprüfung durch die Regionalplanungsbehörde durchgeführt werden. „Dies ist ein erster, wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem neuen Regionalplan für unseren Bezirk“, freute sich der Regionalratsvorsitzende, Rainer Deppe. Dieses Konzept müsse jetzt zügig in einen vollständigen Entwurf münden, damit es in Kombination mit dem Umweltbericht in 2021 zu einem Erarbeitungsbeschluss geführt werden könne.

Der Regierungsbezirk Köln zeichnet sich durch eine hohe

Lebensqualität und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur aus. Die sehr dicht besiedelten Räume mit einem hohen Wachstumsdruck entlang der Rheinschiene und Aachen befinden sich im unmittelbaren Anschluss an vorwiegend ländlich geprägte Bereiche mit geringen Bevölkerungsdichten und Bereiche mit besonderen Herausforderungen, wie beispielsweise der Braunkohletagebau im Rheinischen Revier und den Anforderungen des Strukturwandels. Bereits im Herbst 2015 hat die Regionalplanungsbehörde mit den „Regionalen Perspektiven“ die Ausgangslage der Planungsregion des Regierungsbezirks Köln beschrieben und Handlungsfelder für den neuen Regionalplan formuliert.

„Der Regionalrat war bei der Erarbeitung des Plankonzeptes durch regelmäßige Berichte in seinen Sitzungen, Teilnahme an Workshops und Informationsveranstaltungen und vor allem im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Regionalplanes immer sehr intensiv in den aktuellen Verfahrensstand eingebunden“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz, und dankte der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,



wir befinden uns aktuell in einer Situation, die wir so in den 70 Jahren der Geschichte unseres Bundeslandes, aber auch der gesamten Bundesrepublik nicht kannten. Der von der Landesregierung verordnete „Shutdown“ unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist jedoch dringend notwendig und angebracht, um die Herausforderungen, vor die uns das Corona-Virus momentan stellt, zu bestehen. Der Virus ist eine unsichere Größe, die man nur schwer kalkulieren kann, aber es wird auch eine Zeit nach dieser Pandemie geben.

Abseits dieses dominierenden Themas möchte ich Sie aber auch noch auf die für die Region wichtigen und erfreulichen Abstimmungsergebnisse aus der letzten Sitzung des Regionalrates Köln aufmerksam machen: Am 13. März hat das Gremium nicht nur das Plankonzept zum neuen Regionalplan, sondern auch den Erarbeitungsbeschluss zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe verabschiedet. Zwei wichtige Meilensteine für die Region, es geht voran! Dank der Initiative der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP durch einen eingebrachten Ergänzungsantrag, sollen vom Braunkohletagebau betroffenen Kommunen im Zuge des Erarbeitungsverfahrens zukünftig von Neuaufschlüssen von BSAB und Reservegebieten verschont werden. Ausführlich haben wir diese Inhalte im aktuellen Report beschrieben.

Ich wünsche Ihnen erstmal alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihr

Stefan Götz  
(Fraktionsvorsitzender)

## Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

### Regionalrat Köln stimmt für Erarbeitungsbeschluss

In seiner Sitzung Mitte März hat der Regionalrat Köln den Erarbeitungsbeschluss zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe verabschiedet. Dank der Initiative der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP durch einen eingebrachten Ergänzungsantrag werden Abgrabungsstandorte in vom Braunkohletagebau vorgeprägten Kommunen eine geringere Bewertung erfahren. Voraussetzung ist, dass die Städte durch früheres Abtragungsgeschehen im Sinne des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe erheblich vorgeprägt sind und dieses im Zuge des Regionalplanverfahrens auch bereits bei der Bezirksregierung geltend gemacht haben, bzw. dies im anstehenden Beteiligungungsverfahren noch machen werden.

Der Lösungsvorschlag des oben genannten Antrages knüpft an die Kriterien des bereits veröffentlichten gesamträumlichen Planungskonzepts an und zwar an den Belang der „erheblichen räumlichen Vorprägung von Kommunen durch (frühere) Bodenschatzgewinnung“. Das gesamträumliche Planungskonzept soll konzeptionell geändert werden, indem dieser Eignungsbelang modifiziert und dann als Ausschlussbelang (also als K.O.-Kriterium) ergänzt wird.

Durch den Umweltbericht, welcher im Januar 2020 veröffentlicht wurde, sowie durch die zahlreichen öffentlichen Diskussionen und Medienpräsenzen der letzten Wochen ist dem Regionalrat bewusst geworden, dass die räumliche Kumulationen von geplanten BSAB und Reservegebieten im Umfeld der Braunkohletagebaue eine unverzügliche planerische Lösung erfordert. Zum jetzigen Zeitpunkt – und nicht wie bislang beabsichtigt im förmlichen Verfahren – soll der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe derart geändert werden, dass er für die vom Braunkohletagebau betroffenen Kommunen eine raumverträgliche Planungsperspektive bietet.

Diese Regelung ist von der Regionalplanungsbehörde im Zuge des weiteren Verfahrens zeichnerisch und textlich umzusetzen, indem die Flächen aufgrund des ergänzten Ausschlussbelanges als

entfallengekennzeichnet werden. Die Planunterlagen werden vor Beginn der öffentlichen Auslegung von der Regionalplanungsbehörde entsprechend geändert.

„Hierdurch wollen wir gerade die Kommunen um den Tagebau Hambach, die seit Jahrzehnten von der dortigen Kohleabgrabung betroffen sind, mit weiteren „Löchern“ verschonen“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz. Auch Brigitte Donie, stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende sieht diesen Beschluss durchweg positiv: „Durch diese Möglichkeit ergeben sich für die Kommunen sicherlich vereinzelt auch ganz andere Möglichkeiten, beispielswei-



se der qualitativen Wohn- bzw. Gewerbeansiedlung auf ihren Stadtflächen.“ **Foto: Bezirksregierung Köln**



## Region in Balance halten

### Agglomerationskonzept als Fachbeitrag zum Regionalplan überreicht

Der Region Köln/Bonn e.V. überreichte Anfang März das Agglomerationskonzept als Fachbeitrag zum Regionalplan Köln an die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken und den Vorsitzenden des Regionalrates Köln, Rainer Deppe. Das Agglomerationskon-



zept wurde in einem 3-jährigen Beteiligungsprozess mit regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern aus Stadt- und Regionalplanung, Wissenschaft, Politik sowie Kommunal- und Landesverwaltung erarbeitet. Es präsentiert fachlich belastbare Positionen zur perspektivischen Entwicklung der Region Köln/Bonn.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken lobte den ambitionierten Charakter des Fachbeitrags und beschrieb das Agglomerationskonzept als „außerordentlich guten Kompass“ für den Regionalplan. „Eine wirksame Regionalplanung ist auf das Zusammenspiel formeller und informeller Elemente angewiesen. Daher wird unsere Regionalplanung auf diesem Zukunftsdialog der Kommunen und Akteure der Region aufbauen“, betonte die Regierungspräsidentin im Rahmen der Übergabe des Konzepts an die Bezirksregierung. Sie verwies darauf, dass der Dialogprozess ein Bewusstsein für ein gemeinsames Miteinander geschaffen hätte und die Regionalplanung positiv beeinflussen werde. Zudem hob sie das vertrauensvolle und partnerschaftliche Verhältnis der Bezirksregierung Köln zum Verein Region Köln/Bonn hervor, der als Träger stellvertretend für die Region den Prozess zur Erarbeitung des Agglomerationskonzepts koordinierte. „Unsere Region und v. a. ihre räumliche Entwicklung in Balance zu halten ist Herausforderung und zugleich Verantwortung. Eine

Region in Balance kann nur gelingen, wenn wir über den kommunalen Tellerrand schauen, konkurrierende Nutzungsansprüche vereinbaren und gemeinsam konkrete Perspektiven und Projekte für regionale Teilräume entwickeln“, erklärte Dr. Reimar Molitor, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Region Köln/Bonn e. V. „Deshalb brauchen wir einen integrierten Ansatz für die Raumentwicklung. Umso mehr danken wir der Bezirksregierung Köln, die den Dialog mit den Akteuren in der Region fachlich eng begleitet.“

Rainer Deppe als Vorsitzender des Regionalrates Köln betonte folgendes und gab damit gleichzeitig einen kleinen Ausblick auf den neuen Regionalplan: „Für uns sind die wichtigen Verkehrsachsen und der Erhalt von regionalen Grünzügen und Frischluftschneisen von höchster Bedeutung. Langfristiges Ziel ist es, den unweigerlich auf uns zukommenden zusätzlichen Verkehr nicht weiter vorrangig sternförmig auf die Zentren auszurichten, sondern auch Ringverkehre zu ermöglichen, wie z. B. durch einen zweiten ÖPNV-Ring westlich von Köln.“ Angesichts der Zunahme von Hitzetagen sei es zwingend erforderlich, dass ausreichend Frischluftschneisen freigehalten würden. Diese würden sich eben auch im Entwurf des Regionalplans widerspiegeln. „In unserem dichtbesiedelten Raum müssen wir sorgsam und abgewogen mit den verschiedenen Anforderungen an die nicht vermehrbare Fläche umgehen“, so der Regionalratsvorsitzende.



Fotos: Region Köln/Bonn e. V. / Bezirksregierung Köln

## Nach der Kohle kommt der See

## CDU-Fraktion besucht Mitteldeutsches Braunkohlenrevier

Die CDU-Fraktion des Regionalrats und des Braunkohlenausschusses machte sich Ende Januar auf den Weg zu einer Befahrung des Mitteldeutschen Braunkohlenreviers in Westsachsen und Sachsen-Anhalt. Unter der fachkundigen Leitung von Professor Andreas Berkner, dem Leiter des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen, besuchten die Mitglieder die bereits befüllten Restseen in Zwenkau



und im Geiseltal. Sowohl der Zwenkauer- als auch der Geiseltalsee werden heute bereits touristisch genutzt und an ihren Ufern entstanden und entstehen moderne Baugebiete. „Dies sind gelungene Beispiele dafür, wie mit alten, stillgelegten Tagebauen umgegangen werden kann, sollte einmal keine Braunkohle mehr abgegraben werden“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Stefan Götz. Für das Rheinische Revier und seine Tagebaugelände in

Garzweiler, Hambach und Inden bedeute dies jedoch zunächst in einem ersten Schritt, dass die dort jetzt wegfallenden Arbeitsplätze in der Kohleverstromung durch adäquate Ersatzbeschäftigungen aufgefangen werden müssten. Am zweiten Tag der Exkursion stand noch ein Besuch mit Befahrung des Tagebaus „Vereinigtes Schleenhain“ auf dem Programm.

Zur Aufgabe des Regionalen Planungsverbandes sagte Professor Berkner: „Der Verband lässt sich in seiner Tätigkeit, stets davon leiten, aktuelle Themen und Entwicklungen aufzugreifen, Entscheidungstransparenz zu gewährleisten, zu Konfliktfeldern auf einen Ausgleich der Positionen und Interessen hinzuwirken und Verantwortung nicht nur für die Aufstellung von Planwerken, sondern auch für deren Umsetzung zu übernehmen.“ Dazu zählten auch die Beratung von Kommunen und Vorhabensträgern genauso wie die Fachbegleitung von Regionalinitiativen oder Projekten.

*Das Foto unten zeigt die neue Uferbebauung am Geiseltalsee.*

*Fotos: Benjamin Schmidt*



### Termine

15. Mai 2020

Regionalrat

19. Juni 2020

Strukturkommission

21. August 2020

Strukturkommission

28. August 2020

Verkehrskommission

### IMPRESSUM

Vorsitzender:

**Stefan Götz (verantwortlich)**

Stadt Köln

1. Stellv. Vorsitzende:

**Brigitte Donie**

Rhein-Sieg-Kreis

2. Stellv. Vorsitzender:

**Franz-Michael Jansen**

Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:

**Rainer Deppe MdL**

Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

**Paul Hebbel**

**Stadt Leverkusen**

(Vorsitzender der

Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:

**Benjamin Schmidt**

Fraktionsgeschäftsführer

Zeughausstraße 2-10

50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46

Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:

info@cdu-regionalrat-koeln.de

Internet:

www.cdu-regionalrat-koeln.de